

POSITIONSPAPIER

Verbände drängen Regierung zu nachhaltigen Reformen bei der Pflege

Die Pflege gehört finanziell und strukturell reformiert, fordern die privaten Krankenkassen (PKV) und weitere Verbände. Ein „Weiter so“ der Bundesregierung sei illusorisch. Die PKV lehnt zudem die Verlängerung des Pflege-Schutzschirms ab.

Berlin. Die privaten Krankenkassen (PKV), Arbeitgeberverbände und weitere Organisationen fordern von der Bundesregierung eine neue pflegepolitische Agenda. Die Regierung müsse Maßnahmen auf den Weg bringen, um die Versorgungssicherheit und die Finanzierbarkeit der Pflege in Zukunft zu gewährleisten, findet die „Initiative für eine nachhaltige und generationengerechte Pflegereform“.

Die Ausführungen zur Pflege im Koalitionsvertrag geißelt die Initiative als wenig innovativ. „Es dürfte angesichts ungeklärter Finanzierungsfragen zugleich das Kapitel mit der kürzesten Halbwertszeit sein und relativ schnell Makulatur werden.“

Mitglieder der Initiative sind der Arbeitgeberverband Pflege, **der Bundesverband der Betreuungsdienste**, die Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, die Denkschmiede Gesundheit, die Familienunternehmer und die Jungen Unternehmer, der PKV-Verband, der Verband Deutscher Alten- und Behindertenhilfe und der CDU-Wirtschaftsrat.

Vorschläge für Reformen

In ihrem Positionspapier mit dem Titel „Die Illusion vom ‚Weiter so‘“ schlagen sie verschiedene Maßnahmen vor, die ihrer Meinung nach für die Zukunftssicherung der Pflege erforderlich sind:

- **Finanzierungsbasis nachhaltig sichern:** Die Initiative kritisiert das Umlageverfahren in der Sozialen Pflegeversicherung sowie Instrumente wie die Dynamisierung des Pflegegeldes und die Angleichung der Löhne in der Pflege bei gleichzeitiger Begrenzung der Eigenanteile. „Daher ist eine ergänzende, generationengerechte Finanzierung im Kapitaldeckungsverfahren unabdingbar.“
- **Keine weiteren Eingriffe in die Lohnfindung:** Die Initiative lehnt die ab 1. September geltende Tarifpflicht in der Altenpflege und die Eingriffe in die regionale Lohnfindung ab. „Der Gesetzgeber sollte stattdessen Anreize für Investitionen in den dringend notwendigen Ausbau der pflegerischen Infrastruktur setzen.“
- **Notwendige Strukturreformen angehen statt Beitragssatz anheben**
- **Eigenvorsorge stärken statt falsche Erwartungen an die Finanzierbarkeit nähren**
- **Grundsatz „ambulant vor stationär“ konsequent umsetzen**

Schutzschirm nicht verlängern

In einer Stellungnahme lehnt der PKV-Verband zudem die geplante Verlängerung des Pflege-Schutzschirms bis zum 30. Juni 2022 ohne Anpassung an die aktuelle Entwicklung der Pandemie ab. Das Verfahren zur Erstattung der Mindereinnahmen der Pflegeeinrichtungen sei intransparent und nütze nicht der Versorgung der Pflegebedürftigen, kritisiert der Verband. „Eine Erstattung von Mindereinnahmen erscheint nur für Fälle von Angebotseinschränkungen durch hoheitliche Maßnahmen erforderlich.“ Die Branche hat sich nach eigenen Angaben bis Ende 2021 mit 353 Millionen Euro am Rettungsschirm beteiligt.

Zudem kritisiert die PKV erneut die ihrer Meinung nach „verfassungsrechtlich fragwürdige Ungleichbehandlung“ der Sozialen Pflegeversicherung (SPV) und der Privaten Pflegeversicherung. Der Grund: Die SPV erhält einen steuerfinanzierten Aufwendersersatz, die Privatversicherten müssten dagegen die pandemiebedingten Mehrkosten über ihre Beiträge selbst finanzieren. Gleichzeitig würden sie mit ihren Steuern den Zuschuss an die SPV mitfinanzieren.

Der PKV-Verband fordert auch Klarheit über Wirkungen des Pflege-Rettungsschirms. „Wir haben beim Rettungsschirm keinerlei Transparenz darüber, wofür die Gelder unserer Versicherten genau verwendet werden“, kritisiert Verbandsdirektor Dr. Florian Reuther. „Das Gesetz schreibt eine stichprobenartige

Überprüfung vor, doch zu den Ergebnissen werden keine Informationen herausgegeben.“